

# Die schwierigen Verhandlungen

Islam-Unterricht: Weil die Religionsverbände nicht mit einer Stimme sprechen, ist der Weg zum Staatsvertrag weit

Margret Kiosz

**KIEL** In den meisten westdeutschen Bundesländern sprechen muslimische Schüler im Islamunterricht über das Leben Mohammeds und lernen Koranverse. Maßgeblich beteiligt an der Aufstellung der Lehrpläne sind dabei Religionsverbände, unter anderem die Ditib, die auch in Schleswig-Holstein Moscheen in Rendsburg und Kiel betreibt und direkt Erdogans Staatskanzlei untergeordnet ist.

Das Problem: Die Ditib spricht nur für einen Teil der Muslime im Land, viele Aleviten, Suniten und Schiiten fühlen sich von Erdogans Religionsbehörde nicht vertreten. Anders als bei der katholischen Kirche mit der Bischofskonferenz oder der evangelischen Kirche mit ihrem EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm fehlt es den Muslimen an einer Dachorganisation die legitimiert ist, für alle Bürger islamischen Glaubens zu sprechen. Aus diesem Grund gestalten sich auch die Verhandlungen der Landesregierung über einen Staatsver-

trag mit den Muslimen so schwierig. Erst jüngst hatte die Küstenkoalition eingeräumt, dass diese Gespräche auf Eis liegen. Vielsagend und aufschlussreich ist die Antwort der Landesregierung auf die Frage der Piraten, mit wem verhandelt wird. Demnach wurden Gespräche geführt mit dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und den Aleviten, mit Ahmadiyya sowie mit der Islamischen Religi-

ongemeinschaft Schleswig-Holstein (Schura) und Ditib. „Die Komplexität der Themen“ lasse einen Abschluss der Verhandlungen vor dem Ende der laufenden Legislaturperiode nicht zu, so die Regierung.

Bei den Gesprächen ging es zum Beispiel um die Regelung islamischer Feiertage oder den Religionsunterricht an Schulen. „Wir haben überhaupt nichts gegen islamischen Religionsunterricht an den Schulen. Im Gegenteil: Wir fordern ihn sogar, aber er muss bekenntnisorientiert sein“, erklärte gestern der Vorsitzende der Schura, Fatih Mutlu, der derzeit Ferien

in der Türkei macht. Genau diesen Weg will allerdings das Kieler Bildungsministerium nicht gehen und setzt weiter auf einen konfessionsübergreifenden Unterricht in Religionskunde, bei dem auch der Islam seinen Platz hat. Deshalb gibt es an Schleswig-Holsteins Hochschulen auch keinen Lehrstuhl für die Ausbildung islamischer Religionslehrer. Damit hat sich das Land offenbar viel Stress erspart, denn

sowohl aus Bayern als auch aus Nordrhein-Westfalen, wo es solche Studiengänge gibt (Erlangen und Münster), wird immer wieder über Streit zwischen den unterschiedlichen islamischen Religionsverbänden berichtet, die nicht an einem Strick ziehen und unterschiedliche Studienschwerpunkte fordern. Den gibt es auch an Schulen mit bekenntnisorientiertem Unterricht. Erst jüngst wurde in Hessen in einem Gutachten beklagt, das Verhältnis zu Juden und die Stellung der Frau im Koran werde bewusst in den Lehrplänen ausgeklammert.

Unter anderem wegen fehlender Unabhängigkeit forderten gestern der Deutsche Gemeinde- und Städtebund sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann aus Elmshorn die flächendeckende Einführung von Islamunterricht an Schulen. „Der muslimische Religionsunterricht muss Regelanbieter an deutschen Schulen werden“, so Rossmann. Gerade türkischstämmige Familien seien derzeit

häufig auf die Angebote der Ditib angewiesen. „Wir setzen auf religionskundlichen, überkonfessionellen Unterricht“, betont hingegen Kiels Bildungsministerin Britta Ernst. Derzeit werde so an 14 Grundschulen im Land und einer Gemeinschaftsschule verfahren. „Über eine Erweiterung dieses Modells muss man nachdenken“, sagte Ernst unserer Zeitung.

„Der muslimische Religionsunterricht muss Regelanbieter (...) werden.“

**Ernst Dieter Rossmann**  
SPD-Abgeordneter